

N i e d e r s c h r i f t

über die 53. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach am Freitag, dem 23. Januar 2009, 16:00 Uhr bis 18:20 Uhr, im Saal 13, Verwaltungsgebäude, Markt 22

<u>Anwesenheit:</u>	CDU:	Herr Köckert , Herr Adam, Herr Klopffleisch, Frau Leutheuser, Herr Lindig, Herr Meyer, Frau Müller, Herr Dr. Oefner, Herr Ruhkamp, Herr Dr. Sinn, Herr Straßburg
	DIE LINKE.:	Frau May , Herr Bauer, Frau Duft, Herr Pechstädt, Herr Schenke, Frau Werner, Frau Wolf
	SPD:	Frau Winter , Herr Levknecht, Herr Dr. Schenk, Frau Stein, Herr Tikwe
	Bündnis 90/ Die Grünen:	Herr Schweßinger
	BfE:	Herr Gottstein , Frau Apel, Herr Rabe
	EA:	Herr Hofmann , Frau Fischer
	Fraktionslos:	Herr Hardel

Stadtverwaltung:

Oberbürgermeister, Herr Doht
Bürgermeisterin, Frau Lieske
Dezernentin, Frau Rexrodt
Leiter Büro OB, Herr Hartlep
Pressestelle, Herr Wuggazer
Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt, Frau Kirschner
Stellv. Amtsleiter Rechts- und Organisationsamt, Herr Baier
Mitarbeiter Rechtsamt, Herr Vockrodt
Stellv. Amtsleiter Sozialamt, Herr Koch
Amtsleiter Amt für Tiefbau und Grünflächen, Herr Schumann

Gäste: Herr Prof. Dr. Butscher, sachkundiger Bürger
Herr Dr. Schmidt, sachkundiger Bürger
Herr Jentsch, sachkundiger Bürger
Presse
Bürger

entschuldigt: Frau Mereuta – CDU-Fraktion – verhindert
Herr Suck – CDU-Fraktion – krank
Herr Tikwe, H. – DIE LINKE.-Fraktion – verhindert
Herr Voß – DIE LINKE.-Fraktion – verhindert

Herr Gentzel – SPD-Fraktion – verhindert
 Frau Müller, G.R. – B 90/Die Grünen-Fraktion - verhindert

Schriftführerin: Frau Steffan
 Frau Cott

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, eröffnet die 53. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung wird festgestellt. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind 30 Stadtratsmitglieder anwesend und 6 entschuldigt. Damit ist die Beschlussfähigkeit der Sitzung entsprechend § 36 Abs. 1 ThürKO festgestellt.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, gratuliert allen Stadträten, die zwischen der letzten und der heutigen Sitzung Geburtstag hatten.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, fragt, ob es Zusätze oder Änderungen zur Tagesordnung gibt.

Die **Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, stellt den Antrag den Tagesordnungspunkt Straßenausbaubeiträge Adam-Opel-Straße im öffentlichen Teil zu behandeln.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass der Tagesordnungspunkt nicht im öffentlichen Teil behandelt werden darf, weil schutzwürdige Interesse Einzelner beachtet werden müssen.

Da es keine Änderungen oder Ergänzungen gibt stellt der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, fest, dass die vorgelegte Tagesordnung gilt.

Nr. 2 der TO: Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohneranfragen vor.

Nr. 3 der TO: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Folgendes liegt in schriftlicher Form vor:

an die Fraktionsvorsitzenden

- Rede zum Neujahrsempfang 2009 auf CDR

an die Stadtratsmitglieder

- Schreiben des Oberbürgermeisters an das Thüringer Landesverwaltungsamt – Städtebauförderung Eisenach – Förderprogramm Investitionspakt 2008 –

- Schreiben des Oberbürgermeisters an den Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Herrn Tiefensee – Konjunkturprogramm der Bundesregierung zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise
- Schreiben des Oberbürgermeisters an das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Gemeinde- und Städtebundes, Herrn Rusch – Konjunkturprogramme zur Bewältigung der Wirtschaftskrise
- Schreiben der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände an die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Frau Merkel – Kommunale Investitionen für Wachstum und Beschäftigung
- Berichtsvorlage – Über- und außerplanmäßige Ausgaben im Zeitraum vom 01.11.2008 bis 31.12.2008
hier: Kenntnisnahme gemäß § 7 Punkt 4 der Haushaltssatzung 2008 der Stadt Eisenach

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, informiert über den neuesten Stand zum Konjunkturprogramm und verliest die Auflistung der Maßnahmen, die von der Stadt Eisenach angemeldet wurden.

Nr. 4 der TO: Genehmigung der Niederschrift über die 51. Sitzung am 28. November 2008 – öffentlicher Teil

**Abstimmung: 27 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
2 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr. 0739/2009

Nr. 5 der TO: Genehmigung der Niederschrift über die 52. Sitzung am 18. Dezember 2008 – öffentlicher Teil

**Abstimmung: 27 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
2 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr. 0740/2009

Nr. 6 der TO: Benennung von 2 Delegierten der Stadt Eisenach für die 35. Ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Bochum

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

**1. Herrn Dieter Suck
und**

2. Frau Karin May

als Delegierte für die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Bochum vom 12. Mai bis 14. Mai 2009 zu benennen.

Stellvertreterregelung

**Als Stellvertreter zu 1. wird Herr Peter Gottstein
und**

als Stellvertreterin zu 2. wird Frau Inge Werner

als Delegierte/r für die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages benannt.

**Abstimmung: 30 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr. 0741/2009

**Nr. 7 der TO: Eisenach – Wartburgregion Touristik GmbH
 Änderung der Besetzung des Aufsichtsrates**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Als Nachfolger für Herrn Dr. Wolfgang Schenk wird Herr Dr. Rainer Scherf zum stellvertretenden Aufsichtsratsmitglied der Eisenach – Wartburgregion Touristik GmbH bestellt.

**Abstimmung: 31 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0742/2009

**Nr. 8 der TO: Bestellung des Wahlleiters und der stellvertretenden
 Wahlleiterin für die Kommunalwahl am 07. Juni 2009**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

1. Herrn Volker Strathmann zum Wahlleiter und

**2. Frau Kati Seelig zur stellvertretenden Wahlleiterin
für die Kommunalwahl am 07. Juni 2009 zu bestellen.**

Abstimmung: **31 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0743/2009

Nr. 9 der TO: **12. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Eisenach**
 hier: Einbringung

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Stadtrat nimmt den Entwurf der 12. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Eisenach zur Kenntnis und verweist ihn zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmung: **31 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0744/2009

Nr. 10 der TO: **Bebauungsplan der Stadt Eisenach Nr. 8 „Gaswerkgelände“**
 hier: Aufstellungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 8 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussvorlage mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, begründet die Beschlussvorlage ausführlich.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, erklärt, dass ähnliche Beschlüsse schon so gefasst wurden. Trotzdem gibt Herr Köckert noch einige Anmerkungen zum Beschluss und seiner Begründung. Des Weiteren stellt Herr Köckert fest, dass man in den Ausschüssen durchaus unterschiedliche Begründungen der Verwaltung zur Beschlussvorlage gehört hat, weshalb der B-Plan erstellt werden sollte. Sogar Herr Minister Sklenar wurde herangezogen als Gewährsmann, wie sehr er doch dafür wäre, dass hier ein B-Plan drüber gelegt wird. Herr Köckert erklärt, dass gerade an dem Punkt Herr Minister Sklenar versichert hat, dass er in solch bauplanungsrechtlichen Dingen nie Äußerungen macht und hier in Eisenach auch nicht gemacht hat. Herr Köckert wirbt dafür, dass der Beschluss noch einmal in den Ausschuss zurückverwiesen wird und zwar in den Haupt- und Finanzausschuss und begründet dies. Zur Begründung verweist Herr Köckert darauf, dass der B-Plan Nr. 8 der schon Ende November 1990 in Aufstellung gebracht wurde, einer der ersten B-Pläne gewesen ist und signalisiert auch

ganz deutlich, dass damals die Stadtverordneten in der Branche Gaswerk ein sehr großes Problem für die Stadt gesehen haben. Er macht deutlich, dass die Stadtverordneten bemüht waren, dieses Problem zu lösen. Nach sechs Jahren musste die Stadtverwaltung eingestehen, dass es für den Bereich weder einen Investor gab noch dass irgendwelche Freistellungsmöglichkeiten für diese Investition, also für die Dekontaminierung dieses Gebietes, offensichtlich möglich waren. Es wurde festgestellt, dass man sich mit einem Bebauungsplan dieser Art ganz sicher keinen Vorteil versprechen kann, denn eine Bebauungsplanung über ein solches Gelände führt unweigerlich dazu, dass, wenn man auf problematische Sachverhalte stößt, man dann auch zu Nachfolgemaßnahmen gezwungen ist. Dies wird nach Meinung von Herrn Köckert die Verwaltung auch heute nicht in Abrede stellen und deshalb mag es verwundern, warum man nun plötzlich über dieses Gelände, welches unwägbare Risiken birgt, eine Bebauungsplanung legt, in deren Folge auf die Stadt Kosten zukommen können, die momentan offensichtlich noch nicht abschätzbar sind. In der Begründung der Verwaltung findet Herr Köckert eigentlich nur zwei stichhaltige Punkte, die für diesen B-Plan sprechen. Das ist der Absatz 4 der Begründung und dieser scheint die eigentliche Triebfeder dieses Aufstellungsbeschlusses zu sein. Des Weiteren weist Herr Köckert darauf hin, dass die Verwaltung übersehen hat, dass es sich nicht mehr um den § 11 des Energieeinspeisegesetzes handelt, sondern um den § 32. Die Bestimmungen, die diesem § 32 zu Grunde liegen, sind nach Aussage von Herrn Köckert, die Gleichen wie in dem alten § 11. Herr Köckert macht deutlich, dass danach eine Einspeisung nur möglich ist, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt werden. Da macht es einen Unterschied, ob die Solaranlage auf einem festen Gebäude oder auf einem Hühnerstall, oder, wie bei der Anlage der Stadt, auf einem Carport montiert ist. Dies hat nach Aussage von Herrn Köckert das Bundesverwaltungsgericht in seinem sogenannten Hühnerstallurteil entschieden. Dort wird von einer nicht höheren Einspeisevergütung ausgegangen. Herr Köckert informiert, dass das EEG vielmehr auch davon spricht, dass der Netzbetreiber überhaupt keine Vergütung zahlen muss, wenn bei solchen Geländen, wo die Solaranlage also nicht mit einem festen Gebäude verbunden ist, eine B-Planung drüber gelegt wurde. Darin sieht Herr Köckert den Grund, warum über dieses problematische Gebiet eine B-Planung gelegt werden soll. Herr Köckert stellt nicht in Abrede, dass dies wichtig ist, auch um die Sicherung der Einspeisevergütung der privaten Investoren dort zu gewährleisten. Herr Köckert möchte trotzdem gern untersucht wissen, welche Folgekosten gegebenenfalls mit dem B-Plan zu erwarten sind. Hier meint er nicht nur die Kosten des B-Planes, sondern die Kosten, die man aufwenden muss, z. B. für eine Umweltuntersuchung. Aus diesem Grund sollte darüber nochmals beraten und abgewogen werden, ob man schon wieder Geld in die Hand nimmt, um die Einspeisevergütung von privaten Investoren zu sichern. Herr Köckert erklärt abschließend, dass er eine Vorstellung darüber haben möchte, über welche Summe man spricht. Deshalb bittet er dringlich darum, dass dieser Tagesordnungspunkt noch einmal in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen wird. Bis dahin hat nach Aussage von Herrn Köckert die Verwaltung die Möglichkeit ihre Zahlen zu verdeutlichen und zu konkretisieren.

Der **Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein**, spricht sich ebenfalls für eine Verweisung in den Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss aus. Des Weiteren fragt Herr Gottstein, ob man von einem einfachen oder von einem erweiterten B-Plan spricht. Herr Gottstein regt an, dass die Verwaltung diesen einfachen B-Plan erstellen kann. Unbestritten für Herrn Gottstein ist, dass man an dieser Stelle eine Bereinigung und Beräumung wünscht.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, macht deutlich, dass Herr Minister Sklenar empfohlen hat, das Gebiet weiter zu entwickeln. Zur Frage von Herrn Gottstein erklärt Frau Rexrodt, dass die Verwaltung tätig wird, wenn der Stadtrat dies beschließt. Die Dezernentin erklärt, dass die Verwaltung die Vorarbeiten erstellt und einen Katalog erarbeitet. Die Verwaltung ist nach ihrer Aussage in der Lage, die inhaltlichen Dinge vorzubereiten. Durch die fehlende Technik im Hause ist man aber nicht in der Lage, einen qualifizierten B-Plan vorzulegen.

Die **Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Frau Winter**, sieht bei der Beschlussvorlage eine Chance für dieses Gebiet. Sie weist darauf hin, dass dieses Gebiet nicht schön aussieht. Im Bezug auf die Carports verweist Frau Winter auf die Beschlüsse im Werkausschuss. Frau Winter fragt sich, was zwischen den beiden Ausschusssitzungen geschehen ist, dass man jetzt eine andere Meinung hat.

Für die **Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, sind die Zielstellungen ausreichend. Sie weist darauf hin, dass der städtebauliche Missstand beseitigt werden muss.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, weist nochmals darauf hin, dass die Dezernentin nichts gesagt hat zu den Folgekosten. Des Weiteren weist Herr Köckert Frau Winter darauf hin, dass die Nutzungsvereinbarung Solarpark zu einem Zeitpunkt beschlossen wurde, zu dem der Werkausschuss gar nicht mehr existiert hat. Nach Aussage von Herrn Köckert ist der Beschluss im Juni 2007 bei zwei Enthaltungen gefasst worden. Nach Meinung von Herrn Köckert muss jedem zugestanden werden, auch ihm, dass man von Ausschusssitzung zu Ausschusssitzung dazu lernt. Er ist der Ansicht, dass der Kern der politischen Arbeit ist, dass man sich jeden Tag fragt, ob die Welt so noch stimmt oder ob man nicht manche Entscheidung anders treffen muss. An diesem Punkt ist es nach seiner Aussage genau der Fall. Herr Köckert macht deutlich, dass er im Stadtentwicklungsausschuss längst nicht die Fragen gehabt hat, die er nach der Sitzung im Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss gehabt hat, weil dort ganz andere Begründungsmomente dazugekommen sind. Da nimmt Herr Köckert für sich in Anspruch, dass man neue Fragen stellen muss und das man die beantwortet bekommen muss. Herr Köckert weist darauf hin, dass es nicht bei diesem Aufstellungsbeschluss bleibt, weil nämlich in dem Gesetz über erneuerbare Energien steht, dass bei Strom aus Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie die Vergütung mindestens 31,94 Cent/Kilowattstunde beträgt, sofern die Anlage nicht an oder auf einer baulichen Anlage angebracht ist, die vorrangig zu anderen Zwecken als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist. Hier wird vermutet, dass es bei den Carports ähnlich sein wird wie bei dem von Herrn Köckert angeführten Hühnerstallurteil. Herr Köckert führt aus, dass, wenn der Fall eintritt und dies wird wahrscheinlich so sein, die Vergütungspflicht des Netzbetreibers nur besteht, wenn die Anlage vor dem 01. Januar 2015 im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes im Sinne des § 30 des Baugesetzbuches errichtet worden ist. Herr Köckert macht deutlich, dass man ja Zeit bis 2015 hat, aber bis spätestens dann muss der Bebauungsplan fertig sein. Er erklärt, dass man dann zwar Zeit hat, im Vorfeld zu überprüfen, was dort alles an Untersuchungen möglich und nötig ist, aber wie er die Welt kennt, wird ganz klar sein, dass der B-Plan irgendwann fertig sein wird, weil nämlich, um die Einspeisung zu bekommen, es nicht reicht, dort einen Aufstellungsbeschluss gefasst zu haben und dann die ganze Angelegenheit liegen zu lassen. Herr Köckert stellt fest, dass es dann nämlich keine Vergütung gibt, sondern der B-Plan beschlossen sein muss und Rechtskraft haben

muss. Weil dies am Ende des Weges steht, den man heute mit der Beschlussfassung beginnt, möchte Herr Köckert schon gerne wissen, welche Gefahr an zusätzlichen Kosten vorhanden ist, die dann auch im Laufe dieses Weges auf den Stadtrat zukommt. Nach seiner Auffassung ist es nicht damit getan, dass Frau May sagt, das überlassen wir mal der Beratung anderer Haushaltsjahre, sondern man kann einige Kosten hier schon dingbar und fest machen. Dies sind nach Meinung von Herrn Köckert nicht nur die reinen Planungskosten von knapp 30.000 €, die die Stadt jetzt sinnloserweise, wenn es nicht diese Einspeisegeschichte gäbe, in die Hand nimmt. Herr Köckert macht deutlich, dass man sonst gar nicht den B-Plan aufstellen würde. Er stellt weiter fest, dass die Dezernentin erklärt hat, dass es die ganzen Untersuchungskosten der Umweltbelastungen, wo es zum Teil schon Untersuchungen gibt, die aber noch nicht ausreichend sind. Aus der grobrastigen Kartierung der Umweltschäden weiß man, so Herr Köckert, was dort hinten eigentlich alles los ist und insofern ist es für Herrn Köckert leichtfertig und oberflächlich jetzt diese Geschichte anzugehen, ohne Klarheit über die Kosten zu haben. Herr Köckert macht deutlich, dass die Einspeisung privatisiert wurde und die Kosten für den B-Plan über das Stadtsäckel sozialisiert werden. Nach Meinung von Herrn Köckert geht es so nicht. Er findet die Debatte beschämend.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, erklärt, dass man genau dafür diese Beschlussvorlage benötigt. Die Dezernentin erklärt, dass die Mutmaßung, dass man den Aufstellungsbeschluss fasst, um private Investoren zu stützen, so von ihr nicht bestätigt werden kann. Des Weiteren erklärt Frau Rexrodt, dass dieser Stadtratsbeschluss den Haushalt überhaupt nicht belastet. Sie möchte, dass der Stadtrat die Verwaltung beauftragt, Untersuchungen zu tätigen.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, verweist auf die Rede der Dezernentin im Haupt- und Finanzausschuss. Dort wurde gesagt, dass die Kosten erst 2010 veranschlagt werden. Des Weiteren stellt Herr Köckert fest, dass die vorlaufenden Untersuchungen, die man gegebenenfalls anstellt, auch gemacht werden können, ohne das man den Aufstellungsbeschluss hat. Die Behauptung, dass man dazu den Aufstellungsbeschluss benötigt, ist nach Meinung von Herrn Köckert an den Haaren herbeigezogen.

Abstimmung über den Antrag des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Stadtratsfraktion, Herrn Köckert, zur Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss und den Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss:

13 Stimmen dafür
16 Stimmen dagegen
1 Stimmenthaltung

Damit ist der Antrag zur Verweisung abgelehnt.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
die Aufstellung eines Bebauungsplanes der Stadt Eisenach Nr. 8 „Gaswerkge-
lände“ gemäß § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB) innerhalb des in Anlage
1 dargestellten Geltungsbereiches.**

**Abstimmung: 16 Stimmen dafür
14 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0745/2009

**Nr. 11 der TO: 1. Änderung zur Benutzungs- und Entgeltordnung für das City-Parkhaus in der Stadt Eisenach
hier: Beratung und Beschlussfassung**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussvorlage mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, begründet die Beschlussvorlage.

Die **Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, stellt fest, dass immer wieder den Bürgerinnen und Bürgern in die Tasche gegriffen wird. Die Schuld sieht Frau May in dem immer weiter steigenden Defizit. Des Weiteren erklärt Frau May, dass sie nicht gegen eine vernunftorientierte Lösung ist. Für sie müssen die Gebühren im Parkhaus günstiger sein als die Gebühren für das Parken draußen. In diesem Zusammenhang kritisiert Frau May den abgeschlossenen Vertrag zum Parkhaus Hinter der Mauer. Zum Abschluss erklärt die Fraktionsvorsitzende, dass diesem Beschluss nicht zugestimmt werden kann. Die Fraktionsvorsitzende erklärt, dass die Fraktion sich vorbehalten wird, die Sache Parkhaus „Hinter der Mauer“ und die Bedingungen des Vertrages unter dem sein Bau zustande kommen soll, sowie auch den Rechtsstatus von Herrn Fritz vom TAV, der sich nach Auffassung der LINKEN jeder öffentlicher Kontrolle entzieht, durch einen Verwaltungsrechtler prüfen zu lassen und gegebenenfalls auch durch die Staatsanwaltschaft.

Nach Aussage der **Dezernentin, Frau Rexrodt**, soll ein überschaubares Preisgefüge geschaffen werden. Es wurde versucht, mit dem Parkraumkonzept bestimmte Dinge auf den Weg zu bringen. Der Beschluss heute ist für die Dezernentin, Frau Rexrodt, die logische Folge für eine Gleichbehandlung der Parker. Nach Aussage von Frau Rexrodt sollte man nichts unversucht lassen, damit das Parkhaus irgendwann eine schwarze Null schreibt.

Das **Stadratsmitglied, Herr Bauer**, stellt fest, dass die Frage ist, wie der Weg zum Ziel ist. Da gibt es für ihn unterschiedliche Auffassungen. Herr Bauer hat sich mit dem Parkhaus intensiv beschäftigt und informiert, dass im Schnitt am Abend 13 – 17 Fahrzeuge gezählt werden können. Nun soll dies erhöht werden. Herr Bauer glaubt nicht, dass dies zu einer Angleichung führt und die Bürger woanders parken werden. Des Weiteren hätte Herr Bauer erwartet, dass in der Winterzeit Sonderregelungen für Dauerparker (Motorrad) zur Unterstellung geschaffen worden wären. Herr Bauer glaubt, dass eine kurzzeitige Senkung der Preise zu insgesamt mehr Einnahmen führen würde. Aus diesen Gründen kann Herr Bauer nicht zustimmen, weil er die Regelung für falsch hält.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass die Dezernentin mit Recht auf das Parkraumkonzept hingewiesen hat. Dieses Parkraumkonzept beinhaltet, dass im Innenstadtbereich nur noch gebührenpflichtiges Parken möglich ist. Des Weiteren sollte es einen Preis geben. Nach Meinung des Oberbürgermeisters darf das Gesamtkonzept nicht nur auf diesen einen Punkt fokussiert werden, weil dies nur ein Mosaikstein ist. Hierzu verweist der Oberbürgermeister auf die einzelnen Schritte in Fünfjahresscheiben.

Der Oberbürgermeister, Herr Doht, informiert, dass die Umstellung der Parkuhren erst Ende des Monats abgeschlossen sein wird. Die Gebühren im Straßenbereich wurden ebenfalls vereinheitlicht. Abschließend stellt der Oberbürgermeister, Herr Doht, fest, dass sich für den Nutzer des Parkhauses nichts ändert.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
die 1. Änderung zur Benutzungs- und Entgeltordnung für das City-Parkhaus in der Stadt Eisenach.**

Abstimmung: **9 Stimmen dafür**
 8 Stimmen dagegen
 9 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0746/2009

**Nr. 12 der TO: Antrag der CDU-Stadtratsfraktion – Haushaltssicherungs-
konzept – Stand der bisherigen Umsetzung und weiter
beabsichtigtes Vorgehen des Oberbürgermeisters**

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, begründet den Antrag ausführlich.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, informiert über die vorgelegte Berichtsvorlage und erläutert die beabsichtigte Vorgehensweise.

Die **Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Frau Winter**, stellt den Antrag die Berichtsvorlage in die jeweiligen Fachausschüsse zu verweisen.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, erklärt, dass auch seine Fraktion die Verweisung der Berichtsvorlage vornehmlich in den Haupt- und Finanzausschuss beantragt. Da gehört sie nach Meinung von Herrn Köckert auch hin. Wenn man noch weiteren Klärungsbedarf hat, sollte dies in den einzelnen Fachausschüssen besprochen werden. Herr Köckert macht noch einige Anmerkungen zur ausgereichten Berichtsvorlage. Er macht deutlich, dass man auch hätte erwarten können, dass der Oberbürgermeister sagt, wir hatten ein Einsparvolumen vorgesehen von ca. 900.000 €, von diesen Dingen haben sich momentan einsparen lassen ca. 60.000 €. Dort wo wir Einsparvolumen hatten von ca. 500.000 €, das lässt sich nicht umsetzen, da sind wir jetzt schlauer geworden und der Rest ist noch offen. Damit hätte man nach Ansicht von Herrn Köckert mal so ungefähr das Zahlenmaterial gehabt, was man in der groben Draufsicht braucht. Nach Aussage von Herrn Köckert ist es nicht so, dass man immer unter den ursprünglichen Planungen geblieben ist. Es gibt zum Beispiel die ganz interessante Erkenntnis, dass man durch einen verbesserten Sachverhalt in der Bildung von Einkaufsgemeinschaften mit anderen Kommunen viel mehr eingespart hat, so Herr Köckert, als man ursprünglich erwarten konnte. Herr Köckert stellt fest, dass da die Einsparung viel höher liegt und eine Personalstelle eingespart werden konnte. Man hat also ein bedeutend besseres Ergebnis erzielt, als man ursprünglich mit den 19.000 € Einsparung im Geschäftsbetrieb der Verwaltung ursprünglich veranschlagt hatte. Nach Aussage von Herrn Köckert ist man hier schon bei 50.000 €. Herr Köckert macht weiter deutlich, dass es andere Bereiche gibt, die gar nicht bezifferbar sind, weil sie gar nicht ausgewiesen sind, wie z. B. die Straffung der Ämter. Da wurde, so Herr Köckert, im vergangenen Jahr mit der Schaffung eines zusätzlichen Amtes gerade das Gegenteil

gemacht. Wo der Vorteil dieses Rechtsamtes liegt, erschließt sich Herrn Köckert bis heute nicht. Herr Köckert denkt, dass die Dinge im Einzelnen im Ausschuss durchgesprochen und im nächsten Stadtrat Resümee gezogen werden sollten. Nach Meinung von Herrn Köckert wird sich dann zeigen, was nach der oberflächlichen Durchsicht schon deutlich wird, die bisherigen Vorhaben in Sachen Haushaltssicherung können nur ein ganz kleiner Schritt sein. Unklar ist bis jetzt, was im Gutachten steht und dies muss genau geprüft werden. Dafür hat man, nach Aussage von Herrn Köckert, bereits einen Fahrplan. Schlussendlich fehlt Herrn Köckert noch eine Liste von den Dingen die noch nicht ausgereicht worden sind, obwohl sie vereinbart waren und das ist die Liste der freiwilligen Aufgaben. Für Herrn Köckert ist dies eine wichtige Liste und die sollte in den Sachstandsbericht auch schon eingeflossen sein. Herr Köckert fragt sich, warum die Verwaltung schon seit knapp drei Wochen an der Liste sitzt und sie immer noch nicht vorlegen kann. Herr Köckert bittet die Aufmerksamkeit auch auf die Rubrik Reduzierung von Ausgaben zu richten. Dort sieht man auf der Seite 2, dass im Amt 67 freiwillige Leistungen für die Bereiche der Verwaltung und für Außenstehende unter Reduzierung von Rechnungen bzw. mit generellem Verzicht auf eine Rechnungslegung erbracht werden. Dies ist, so Herr Köckert, immerhin ein Verzicht auf Einnahmen der Stadt von über 80.000 €. Es wird interessant sein, was das für Leistungen sind. Herr Köckert erklärt, dass, wenn eine solche Liste schon vorläge, dies eine gute Vorbereitung für die Ausschussarbeit wäre.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Verweisung des Haushaltssicherungskonzeptes in die zuständigen Fachausschüsse.

Abstimmung: 29 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Nr. 13 der TO: Antrag der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion – keine unmittelbaren Sanktionen bei Nicht-Mitwirkung aus gesundheitlichen Gründen beim Bezug von ALG II

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussvorlage mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert sich in der Trägerversammlung der ARGE dafür auszusprechen:

Wenn ein Job von einer/m so genannten Kunden/Kundin des Jobcenters abgelehnt wird, muss verbindlich ein Gespräch mit ihm/ihr geführt werden, bevor die Kürzung von Leistungen erfolgen kann. Das Nichterscheinen nach einer Vorladung zu einem Gespräch darf nicht unmittelbar zur Streichung von Leistungen führen.

Abstimmung: 28 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0747/2009

Nr. 14 der TO: Anfragen

- Reg.-Nr. 374/2008 Anfrage der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Eisenacher Versorgungsbetriebe
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 383/2008 Anfrage des Stadtrates Herrn Schenke
Thema: Leistungsbeteiligung KdU nach SGB II
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 384/2008 Anfrage des Stadtrates Herrn Schenke
Thema: Zuweisung ARGE – Personalausgaben im Haushalt 2009
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 385/2008 Anfrage des Stadtratsmitgliedes Herrn Klopffleisch
Thema: für Eisenach relevante Gedenktage im Jahre 2009
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 386/2008 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion
Thema: Realisierung der LEADER-Projekte im Zuständigkeitsbereich der Stadt Eisenach in 2008
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 387/2009 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Thema: Mindereinnahmen bzw. Mehrausgaben der Stadt Eisenach
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 388/2009 Anfrage des Stadtratsmitgliedes Herrn Schenke
Thema: Zuständigkeit bei der Festsetzung von Strompreisen
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 389/2009 Anfrage des Stadtrates Herrn Bauer
Thema: Sozialtarif EVB Strom in 2009
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 390/2009 Anfrage des Stadtrates Herrn Bauer
Thema: Mögliche Investitionsvorhaben im Rahmen des sogenannten 2. Konjunkturprogrammes der Bundesregierung für Eisenach
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 391/2009 Anfrage des Stadtrates Herrn Bauer
Thema: Rettungspaket Opel und Zulieferindustrie
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 392/2009 Anfrage der Stadträtin Frau Wolf
Thema: Schulhof Georgenschule
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 393/2009 Anfrage der Stadträtin Frau Wolf
Thema: Wartesaal am Eisenacher Bahnhof

Das **Stadtratsmitglied, Frau Wolf**, fragt, ob der Oberbürgermeister die Einschätzung teilt, dass es in der Wartehalle gemütlich und geheizt sei?

Reg.-Nr. 394/2009 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Thema: zusätzliche Investitionsmaßnahmen der Landesregierung
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 395/2009 Anfrage des Stadtrates Herrn Bauer
Thema: Entsorgung von Weihnachtsbäumen
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Bauer**, bittet den Oberbürgermeister für das nächste Jahr eine Lösung zu finden.

Reg.-Nr. 396/2009 Anfrage des Stadtrates Herrn Bauer
Thema: Knöllchen und Haushaltskonsolidierung
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 397/2009 Anfrage des Stadtrates Herrn Bauer
Thema: Kosten Lichtkunst Bachhaus

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, weist Herrn Bauer darauf hin, dass er Herrn Hansen selber fragen muss. Als Aufsichtsratsmitglied kann sie keine Auskunft geben.

Ende der öffentlichen Sitzung um 17:40 Uhr

Pause von 17:40 Uhr bis 17:45 Uhr

Nichtöffentlicher Teil

Meyer
Vorsitzender des Stadtrates

f.d.R.d.P.: Steffan
Schriftführerin